

Fossile Energien, CO₂ und Klimawandel

Das ist ein Kernthema der Grünen. Es betrifft nicht nur die große weite Welt, sondern auch Kayhude und den Kreis Segeberg. Starten wir mit CO₂, dem Kohlenstoffdioxid, einer Verbindung aus Kohlenstoff und Sauerstoff. Das ist ein nicht brennbares, saures und farbloses Gas. Es löst sich gut in Wasser, woraus Kohlensäure entsteht. CO₂ ist ein natürlicher Bestandteil der Luft und gilt als **Treibhausgas der Atmosphäre**, weil sich unter seinem Einfluss unsere Erde global erwärmt.

Durch die Verbrennung fossiler Energieträger, also Kohle, Erdöl, Erdgas, ist der Anteil von CO₂ seit der **Industrialisierung ab etwa 1850** stark gestiegen. Anfangs durch Braun- und Steinkohle, später durch Erdöl und ab 1960 in Europa auch durch Erdgas. Heute liefern fossile Energieträger den größten Teil zur weltweiten Energieversorgung. Wegen ihres Kohlenstoffgehalts wird bei der Verbrennung CO₂ in die Atmosphäre abgegeben, wodurch sich das Klima weltweit ändert.

Das vergangene Jahr war gemeinsam mit 2015 das fünftwärmste seit Beginn der Aufzeichnungen. Das hat die NASA in Bezug auf die durchschnittliche Oberflächentemperatur ermittelt. Besonders stark sei die Zunahme der **Temperaturen in der Arktis**, der Anstieg dort sei inzwischen viermal so hoch wie im globalen Mittel.

»Wir sind auf dem **Highway zur Klimahölle** - mit dem Fuß auf dem Gaspedal«, warnte UN-Generalsekretär Antonio Guterres auf der Weltklimakonferenz. Das 2015 in Paris vereinbarte Ziel, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, sei deshalb akut gefährdet.

So steht's aktuell um die Elektromobilität

Zurzeit sind ungefähr 80 elektrische Fahrzeugmodelle deutscher Hersteller auf dem Markt (Stand Juli 2022). Insgesamt sind der Bundesnetzagentur 55.570 **Normalladepunkte** und 10.231 **Schnellladepunkte** gemeldet, die am 1. August 2022 in Betrieb waren.

Um die Nutzung von Elektrofahrzeugen attraktiver zu machen, hat die Bundesregierung **zusätzliche Impulse** für die Elektromobilität beschlossen. Das Gesamtpaket besteht aus zeitlich befristeten Kaufanreizen, weiteren Mitteln für den Ausbau der Ladeinfrastruktur, zusätzlichen Anstrengungen bei der öffentlichen Beschaffung von Elektrofahrzeugen und aus steuerlichen Maßnahmen.

Der Elektromobilität wird damit zusätzlicher Schwung verliehen. Im Jahr 2022 sind **über 640.000 Anträge zur Förderung** von elektrischen Fahrzeugen eingegangen. Damit sind es über 1,7 Millionen Anträge für über 1,8 Millionen elektrische Fahrzeuge seit 2016. Davon sind 840.645 Fahrzeuge mit reinem Elektroantrieb.

Die **Verfügbarkeit von Ladeinfrastruktur** ist ein entscheidender Aspekt für die Anschaffung eines E-Mobils. Daran hapert es jedoch noch, in einer Befragung gaben 69 Prozent an, es gebe noch nicht genügend Ladepunkte.

Hier muss angemerkt werden, dass Anregungen seitens der Fraktion der Grünen in der Kayhuder Gemeindevertretung zur Einrichtung einer Ladesäule beim Gemeindezentrum mehrfach **nicht angenommen** wurden. Obwohl damals noch Zuschüsse vom Kreis Segeberg zur Verfügung gestanden hätten. Das ist schade.

Das grüne Blatt

Kayhude, Ortsverband Alsterland



5. Februar 2023

Auf dass 2023 alles besser werde!

Seit einem Jahr führt Russland Krieg gegen die Ukraine. Seitdem Gas-krise, Ölkrise, Stromkrise, Flüchtlingskrise, Wirtschaftskrise. Alles wird teurer, auch Lebensmittel, Dienstleistungen, Handwerker. Lieferketten funktionieren nicht mehr, das Klima auch nicht. Gute Nachrichten: Die Pandemie ist vorbei, und die Kommunalwahl am 14. Mai lässt hoffen.

Denn die Kommunalwahl entscheidet über die Zusammensetzung der Kayhuder Gemeindevertretung. Das ändert zwar nichts an all den Krisen, aber es hat unmittelbaren Einfluss auf die Lebensbedingungen im Ort und auch auf unseren inneren Frieden. **Schauen wir zurück** auf die Kommunalwahl von 2018: CDU 6 Mitglieder, KWK (Kommunale Wählergemeinschaft Kayhude) 3 Mitglieder, Bündnis 90/Die Grünen 2 Mitglieder.

Ergebnis 6 zu 5. Das heißt, in der Gemeindevertretung hat die CDU bei jeder Entscheidung über Maßnahmen oder Projekte die Mehrheit und kann sich daher immer durchsetzen. Das ist übrigens nicht neu, **so geht das bereits seit 2003**. Also seit 20 Jahren. Eine kleine Ewigkeit.

Das ist für die Demokratie nicht gut, denn **»die Demokratie lebt vom Wechsel.«** Das sagte Angela Merkel (CDU) in ihrer Neujahrsansprache 2018, als sie nach 13 Jahren Amtszeit ihren Rückzug erklärte. Nur durch den Wechsel infolge von Wahlen kann die politische Meinungsvielfalt der Bevölkerung berücksichtigt werden.

Ähnliches hatte auch die FDP im Bundestagswahlkampf 2021 im Visir. Weil sie die **Kanzler-Amtszeit auf zehn Jahre**

und die Größe des Bundestags und entsprechend die Zahl der Wahlkreise beschränken wollte. Intensiverer Wechsel für mehr Meinungsvielfalt.

Das Ergebnis der Kommunalwahl wirkt sich nicht nur auf unsere Gemeindevertretung aus, sondern **auch auf das Amt Itzstedt**. Die Bürgermeister und abgeordnete Gemeindevertreter der zugehörigen Orte bilden den Amtsausschuss, das politische Gegenstück zur reinen Verwaltung. Der Amtsausschuss wählt einen Vorsitzenden, den Amtsvorsteher – der höchste politische Repräsentant des Amtes.

Nach der Kommunalwahl 2018 brauchten die Mitglieder des Amtsausschusses **sieben Monate und elf Wahlgänge**, bis sie sich auf einen neuen Amtsvorsteher einigen konnten. So etwas hatte es bisher in Schleswig-Holstein **noch nie** gegeben! Alle Kandidaten gehörten der CDU an, aber man war sich gegenseitig nicht grün. Als Kompromiss wurde letztlich Kayhudes Bürgermeister Bernhard Dwenger (CDU) gewählt.

Und damit zurück zur aktuellen Kommunalwahl: Der 14. Mai lässt deshalb **hoffen**, weil es an der Zeit ist, dass nach 20 Jahren Dauer-Mehrheit was Besseres kommt. ♦

Demokratie zum Zweiten

Das Amt Itzstedt möchte ein neues Amtsgebäude haben. Ob das nötig ist, sei dahin gestellt. Auf jeden Fall wird dafür ein neues Grundstück gebraucht, auf dem das neue Gebäude errichtet werden kann. Beides kostet Geld, und diese Kosten werden zumindest zum Teil in die **sogenannte Amtsumlage** mit einfließen. Das ist der Anteil, der jedem Ort im Amt für die Kosten der Verwaltung in Rechnung gestellt wird.

Diese Verwaltungskosten werden aus dem Haushalt der Gemeinde bezahlt, und der wiederum wird gedeckt durch die Einkommensteuer, Grundsteuer etc., also **aus den Portemonnaies der Bürger**. Eigentlich hätte man die steuerzahlenden Bürger vorher darüber informieren müssen, was der Amtsausschuss vorhat und was das kostet, weil die Bürger daran ja beteiligt werden.

Jedoch jener Amtsausschuss, der Monate brauchte, um einen Amtsvorsteher zu wählen, war der Ansicht, dass ein neues Amtsgebäude **die Bürger gar nichts angeht**, weder der Standort noch die Kosten für Grundstück und Gebäude. Allein der Standort blieb ein lange gehütetes Geheimnis.

Sowas ist für gelebte Demokratie nicht gut, das ist **Politik nach Gutsherrnart**. Die Herren bestimmen, die Untertanen, pardon, die Bürger zahlen.

Der nächste Streich setzt noch eins drauf. Man hätte allen Gemeindevertretern im Amt **Gelegenheit zur Beratung** über den Neubau geben müssen. In Kayhude hat man auch das in Gutsherremart erledigt. In der Sitzung der Gemeindevertretung am 29.09.2021 wurde den Gemeindevertretern unter dem Tagesordnungspunkt 13 folgendes abverlangt: **Zustimmung zum Neubau eines Verwaltungsgebäudes für die Amtsverwaltung**. Keine Fragen, keine Erklärung, nur Hand hoch. Zehnmal ja, kein Nein. ♦

Zukunftsplanung in Kayhude

Kayhudes Gemeindevertretung hat in den letzten Jahren mehrheitlich einiges verschlafen. Die Planung für die Zukunft beschränkte sich in der Regel auf Lückenbebauung und Neubaugebiete. Wobei es im Hintergrund immer um Neubürger ging, weil die durch die Zuweisung von Einkommensteuern Kayhudes Finanzen stabilisierten. Aber das reicht nicht aus, da fehlt Fantasie, der Blick für die Bedürfnisse unserer Mitbürger unterschiedlichen Alters.

♦ Es fehlt an passenden Wohnungen für **junge Kayhuder**, die nicht mehr bei ihren Eltern wohnen möchten, aber nicht zu weit entfernt von ihnen in ihrer eigenen, selbst eingerichteten Wohnung.

♦ Es fehlt an altersgerechten Wohnungen für **ältere Alleinlebende**, die mit dem eigenen Haus und Garten überfordert sind, aber nicht in ein Seniorenheim wollen.

♦ Es fehlt an **Mehrgenerationenhäusern** mit unterschiedlich großen Wohnungen, in denen junge Familien mit Kindern und Ältere zusammenleben können. Das würde auch die soziale Bindung im Ort stärken.

Ausweg Ortsrundgang

Was über Jahre versäumt wurde, sollte im Dezember mit Spaziergängen durch den Ort nachgeholt werden: **Ein Dorfentwicklungsplan**. Dafür wurde ein Unternehmen angeheuert. Das führte interessierte Kayhuder in drei Etappen durch den Ort und nahm dabei mit Unterstützung durch Mikrofon und Verstärker Anregungen und Kritik auf. Was daraus wird und ob überhaupt, steht in den Sternen. Auch für die Idee, **selbst die Kayhuder zu befragen**, fehlte der Gemeindevertretung die Fantasie. Kundige Gemeindevertreter und der Bürgermeister hätten in direktem Kontakt mit den Bürgern die Kayhuder durch den Ort führen und befragen können.

Mehr Moor heißt weniger CO₂-Ausstoß

Moore sind heute zu **95 Prozent entwässert**, abgetorft, bebaut, landwirtschaftlich oder forstwirtschaftlich genutzt. Sie gelten als „tot“, aber sie haben eine wichtige Funktion: Sie können riesige Mengen Kohlenstoff speichern.

Wenn jedoch trockengelegter Torf mit Luft in Berührung kommt, wird eine Menge **gespeichertes CO₂ freigesetzt** und entweicht in die Atmosphäre. Dabei geht's nicht um Kleinigkeiten, rund 12 Prozent tragen trockene Moore in Schleswig-Holstein zur gesamten Treibhausgas-Emission bei.

Insgesamt gibt es rund 130.000 Hektar Moorfläche im Land, mehr als 8 Prozent der Landesfläche. Aus diesen tief entwässerten, als Acker oder Grünland genutzten Mooren werden jährlich **ca. 2,8 Millionen Tonnen CO₂** in die Atmosphäre emittiert. Das ist etwa so viel, wie alle Personenwagen im Land verursachen.

Würde man den Wasserspiegel anheben, ließe sich der Zersetzungsprozess aufhalten. Diese sogenannte „**Wiedervernässung**“ von Mooren ist deshalb das Ziel unserer Landesregierung. Dabei soll nur ein Wasserspiegel von ca. 5 bis 15 cm unter der Oberfläche erreicht werden.

Aus Sicht der **Stiftung Naturschutz** ist Schleswig-Holstein mit seinem Kurs Vorreiter in Deutschland und Vorbild für die Moorschutzstrategie. »Durch die Wiedervernässung und Renaturierung von Mooren schaffen wir nicht nur einen beachtlichen CO₂-Speicher, sondern sichern zugleich Lebensräume für viele Tier- und Pflanzenarten«, erklärte **Ministerpräsident Daniel Günther** Ende November anlässlich des Besuchs eines Projekts in Nutteln im Kreis Steinburg.

Da erstaunt es schon, dass die ehrgeizige Zielsetzung der schwarz-grünen Regie-

rung in Kiel **nicht bis zum Amtsausschuss in Itzstedt** durchgedrungen ist. Zu weit weg? Oder kein Bock? Denn der Antrag von Gemeindevertretern aus Kayhude und Tangstedt zur *Erstellung einer Analyse zur Erfassung von Flächen für den biologischen Klimaschutz zur CO₂-Reduktion durch Moorschutz* wurde ohne Diskussion einfach abgelehnt. Dabei wäre es **nur um Möglichkeiten gegangen**, nicht um die praktische Ausführung.

Wenigstens gibt es inzwischen in unserer unmittelbaren Umgebung eine **unerwartete Erfolgsmeldung**: Auf den Flächen der Evangelischen Stiftung Alsterdorf in Kayhude, die vom Gut Wulksfelde landwirtschaftlich bewirtschaftet werden, ist laut Mitteilung vom 23. Januar ein Projekt zur Wiedervernässung der dortigen Moorflächen abgeschlossen worden.

Durch das Projekt konnten ca. 3 Hektar dieser Flächen erfolgreich **durch regulierbare Staumaßnahmen** wiedervernässt werden, so dass sich das Moor dort längerfristig regenerieren kann.

Allerdings hatten die Grünen aus Kayhude und Tangstedt im Herbst selbst **eine geeignete Moorfläche im Auge** gehabt und beim Gut Wulksfelde nach der Möglichkeit zur Wiedervernässung gefragt. Sie waren jedoch abschlägig beschieden worden. Möglicherweise hat erst diese Anfrage den Stein ins Rollen gebracht. ♦

Unser CO₂-Fußabdruck

Das ist unser persönlicher Anteil an den Kohlenstoffdioxid-Emissionen, die täglich in die Atmosphäre gelangen. Was trägt am meisten dazu bei? Das sind unsere Häuser und Wohnungen, die mit Heizen, Kühlen, Strom- und Wasserverbrauch für mehr als 50% der Belastungen verantwortlich sind.